



Saale-Beitung.

Siebenundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition von unsern Manuskripten und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Reflektanten die Seite 60 Pfg.

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonnt. und Feiertage.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis für Halle wöchentlich 2,50 M., bei monatlicher Abnahme 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 5 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren. Bestellungen werden von allen Postämtern angenommen. Nr. 5322 des ant. Zeit.-Verz.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. H. v. Arnim, Magdeburg i. a. (Königsplatz-Str. 176.)

Nr. 153.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 1. April

1893.

Die Franzosen und das Fremdenrecht.

Ginst räumte man sich in Frankreich, an der Spitze der Civilisation zu marschieren. Von Freiheit und Gleichheit stießen alle Lippen über. Nitzgen haben menschenfreundliche Schwärmerere zu fruchtbareren Boden gefunden wie jenseits der Vogeln, und wenn man von der Abschaffung der Krone, von der Herstellung ewigen Friedens, von der Abkündigung jedes, immer war man des schlauesten Beweises bei den Franzosen gewiß. Viktor Hugo, der in seinen Lebensbeschreibungen Paris als die Hauptstadt der Menschheit feierte, prophezeie einst im Brustton der Überzeugung, daß der Tag kommen werde, an dem man Kanonen und Gewehre in den Museen und Märktenkammern zeigen werde, wie gegenwärtig die Holzerzeugnisse des Mittelalters. Aber die Zeiten änderen sich, und als der Ruhm den französischen Nation untreu geworden, als der Sieg verlassen hatte, da schrieb auch Viktor Hugo den Friedensgesellschaften, daß er auf die alten Verfassungen erst zurückkommen könne, wenn die Vergeltung für Sedan erfolgt ist. Gleichwohl hat die französische Nation auch nach Sedan immer den Anspruch erhoben, das gesammelte und ritterliche Volk der Welt zu sein. Diesen Anspruch wird man in Paris nicht mehr erheben können, nachdem sich inmitten des weisen Panama-Märkts Vorfällegetragen haben, die allem Völkerrecht, allem Gattungsrecht und zumal aller Völkerrecht im Antitz schlugen.

Schon vor einiger Zeit glaubte die französische Regierung einen kleinen Schwachs zu thun, wenn sie die inaktive Veranlassung die ihr aus weiten Kreisen der eigenen Bevölkerung entgegengebracht wurde, nach außen abletete. Das ist ein alter Kunstgriff gewandelterer Fechter, daß sie das Auge des Geheures zu verwirren suchte. In einzelnen französischen Blättern hatte man gelesen, daß zu den Personen, welche Panama-Erbsen erhalten hatten, auch der russische Vizekonsul Baron Wobresheim gehöre. An sich klang diese Nachricht keineswegs unangenehm. Denn man weiß, daß mitunter hohe Beamte des Reiches belästigt werden. Freilich bedurfte es bündiger Beweise, um diese Meldung aufricht zu erheben, und solche Beweise sind bis heute nicht erbracht worden. Infolgedessen darf man allerdings annehmen, daß es sich lediglich um ein verlesenes Gerücht gehandelt habe. Nun aber wurde dieses Gerücht, wie sich von selbst versteht, da es einmal in ganz Paris umging und in der Presse ausbreitete sich, auch an auswärtige Blätter gemeldet. Und da es sich nicht um ein offizielles Organ der französischen Regierung handelte, die Vorkämpfer des Dreikönigs eines Königslandes zu bezeichnen, an dem auch der englische Vizekonsul Lord Dufferin beteiligt sein sollte. Diese wurden beidseitig, jene Auflage gegen den Baron Wobresheim ausgesprochen zu haben. Da diese Bezeichnung in anerkannt offiziellem Organ erfolgte, so künnten die Vorkämpfer nicht, sich sehr ernstlich darüber mit dem französischen Ministerium auseinandersetzen, das natürlich nicht hätte, die Urberichterstattung für die Beteiligung abzulehnen und lebhaftes Bedauern über die Auflage auszusprechen.

Indessen ehe noch diese Aufschuldigung erfolgte, hatte die französische Regierung ihr Mißgehen an einigen unzufälligen Korrespondenten geklärt. Sie wies den Ungarn Szekely, den Deutschen von Webel und einen Italiener aus. Seine Korrespondenten sollten die Mitteilung über den Baron von Wobresheim erfinden haben, was natürlich Himmels war. Indessen war es den Staatsmännern an der Seine immerhin gelungen, für einen Augenblick die Aufregung der Massen von den Druckern zu richten. Jetzt hat sich diese schändliche Lüge im Weltberühmt. In Frankreich hat man längst gehört und geschrieben, daß der Präsident Carnot, oder wenigstens auch ebenfalls bei der Angelegenheit der Panamagesellschaft beteiligt gewesen sei. Das mag wahr sein. Aber wenn es unwahr ist, so hat die französische Regierung zunächst gegen die Leute in eigenen Lande vorzugehen, die dergleichen Verleumdungen fortzuführen. Man konnte in zahlreichen französischen Blättern lesen, daß beispielsweise Frau Carnot eine große Summe zu wohlthätigen Zwecken von der Panamagesellschaft erhalten habe; und keines dieser Blätter, das diese Mitteilung veröffentlicht, ist verfolgt worden. Nun streitet man sich jenseits der Vogeln fast gerannert über das große „X“, das eine halbe Million empfangen haben soll. Herr Andrieux weigert sich keinesfalls dieses „X“ zu nennen. Die Regierung und besonders Herr Carnot sollen es kennen. Kein Wunder, daß die Geheimnisthümer die natürliche Folge hat, allerlei unsinnige Gerüchte zu zetteln, und daß bei diesen Gerüchten die Familie des Herrn Carnot wiederum eine Rolle spielt.

Auf den Vorwürfen von Paris erzählte man, „X“ sei niemand anders als der junge Sohn des Präsidenten Carnot, ein Söhnling von 21 Jahren. Ganz richtig diese Mitteilung unvorsichtlich, und da sie überaus in der ungewöhnlichen Form widerlegt ist, kann man an der Unrichtigkeit nicht zweifeln. Doch als Kennzeichen für die Stimmung, die in Paris herrscht, hatte ein voriger Korrespondent auswärtiger Blätter gegen das Recht, wenn nicht die Pflicht, von jenem Gerüchte Kenntnis zu geben, wenn auch mit dem gebotenen Vorbehalte. Nun ist in dem Falle, der augenblicklich die öffentliche Meinung beschäftigt, auch dieses nicht einmal geschehen. Herr Otto Brandes hat thatsächlich von jenem Gerücht gar keine Notiz genommen, er hat es nicht nach Berlin gemeldet. In Berlin aber ergeht eine Korrespondenz, die schon vor geraumer Zeit durch die sensationelle Meldung von der Enttarnung des Sültans viel von sich reden machte. Diese Nachricht war offenbar aus panisavistischer Quelle gekommen und schümm, Unfrieden zwischen der Türkei und Deutschland zu stiften. Der Herausgeber jener Korrespondenz war ein pelisch arabischer Hufe, der infolge dessen aus Deutschland ausgewiesen wurde. Diese selbe Korrespondenz

hat nun die Geschichte von dem Sohne des Präsidenten Carnot in Berlin verbreitet. Und aus dieser Korrespondenz ist sie in ein helvetic Blatt übergegangen. Die französische Regierung aber hatte nichts Geringeres zu thun, als Herrn Otto Brandes wegen einer Nachricht, die nicht von ihm herkam, das Land zu verweisen.

Wäre Herr Brandes thatsächlich der Urheber jenes Gerüchts oder jener Meldung gewesen, so ließe sich über die Berechtigung der Maßnahme allenfalls streiten. Da aber der französischen Regierung der unüberlegliche Beweis des Gegenteils geführt wurde, so ist die Aufrechterhaltung des Ausweisungsbefehls nichts anderes als ein Akt der Gewaltthätigkeit. Man nimmt Rücksicht an einem unzufälligen Menschen. Man thut Unrecht wider besseres Wissen. Aber damit noch nicht genug! Man weist einen Mann mit Frau und großer Familie aus Paris aus, man erregt die öffentliche Meinung gegen ihn, und man sieht zu, wie eine pöbelhafte Volksmenge wehrlose Menschen schändlich mißhandelt und mit Steinen bewirft. Wenn kein Menschenleben verloren ging, so ist das nicht ein Verbrechen der Gassenjungen und der französischen Polizei, die ohne die Hände zu wahren, diesem Schandspiel zusah. Nachträglich sprach freilich der französische Minister des Auswärtigen dem deutschen Vizekonsul sein Bedauern aus über diese Verkommenheit. Thatsächlich aber ist die schändliche Verlegung des Fremdenrechts, die der Mob verübt hat, nichts anderes als die natürliche Frucht der Aufregung, die unter dem Einfluß und der Billigung des Ministeriums erfolgt ist.

Wir wollen darum nicht gleich, weil solche Dinge in Frankreich vorkommen, von einem „wilden Lande“ sprechen. Wir wollen auch nicht gleich eine düstere Wolke am politischen Horizont sehen. Dagegen sind solche Ereignisse kennzeichnend für den Mützung der Civilisation der französischen Bevölkerung. Solche Ausschreitungen gereichen der Republik zur Unthe, und vielleicht werden angeht solcher Pöbelhaftigkeiten auch Fremde aus anderen Staaten Europas Bedenken tragen, im Vertrauen auf die Galtigkeit und auf die Rechtschaffenheit in Frankreich die „Hauptstadt der Welt“ zu besuchen. Für die leitenden Staatsmänner jenseits der Vogeln enthalten die unersetzten Vorfälle jedenfalls eine ernste Warnung. Sie arbeiten dem Vorkommnis und den Feinden der Republik geradezu in die Hände, wenn sie Mittel wie diese gebrauchen.

Deutsches Reich.

Berlin, 30. März. Der Kaiser empfing gestern den preussischen Gefandten in München Grafen Eulenburg. Heute vormittag fuhr vor 9 Uhr begaben sich der Kaiser und die Kaiserin nach dem Kloster Wilhelm-Balke, um in der dortigen Kapelle des heiligen Wendelin zu weihen. Die Feierlichkeit wurde vom Hofprediger D. Fremmel abgehalten; auch Prinz Alexander nahm an der Feier theil. Den übrigen Theil des Tages verbrachten die Majestäten in aller Stille. — Zu der Mitteilung, daß der Kaiser bei seinem nächsten Aufenthalt in Rom vor dem Gebäude des Papstes beim preussischen Gefandten das Frühstück einnehmen wird und von dort mit eigenen Wagen sich zum Vatikan begeben werde, kann die „Saale-Ztg.“ nach zuverlässiger Information mittheilen, daß bereits bei der Anmeldung des kaiserlichen Gefandten im Vatikan, Anfang März, auf beiden Seiten als selbstverständlich angesehen wurde, daß der Besuch unter demselben Ceremoniell wie im Jahre 1888 stattfinden werde.

Der Großfürst-Thronfolger ist jetzt Bataillons-Commandeur im Preussisch-Brandenburgischen Garde-Regiment, in welchem er seine gesammte militärische Laufbahn zurückgelegt und viele höhere Bekanntschaften man kann sagen Freunde, hat. Dieser Kreis ist auch fast der einzige, in welchem er aus seiner jetzigen Zurückhaltung hervortritt und hier und da offen seine Ansichten ausspricht. Vor einigen Tagen saß er nach einem Liebesmahle mit älteren Offizieren zusammen und kam bei einem militärischen Gespräch auch auf seinen letzten Besuch in Berlin zu sprechen. Er sprach sich, nach der „Kön. Z.“, sehr befreit über die dortigen Eindrücke aus; und als seinen Worten ein bereites Schweigen der wenig deutschfreundlichen Offiziere folgte, meinte er, es sei unmöglich und durchaus unflug, das Land mit Deutschland zu durchschneiden und Deutschland gegenüber feindlich aufzutreten. Es sei das nicht nur überhaupt, sondern besonders jetzt ein Fehler, wo in Frankreich „so verachtenswerthe“ Verhältnisse herrschen. Der Panamastandal sei doch das größte, was man sich vorstellen könne, und die französischen inneren Zustände seien derart, daß sie keinerlei Zurecht für die Äußerer böten. Er erwähnte dann auch den Handelsvertrag mit Deutschland, dessen Zustandekommen er als zweifellos sicher bezeichnete, und von dem er sich für Rußland Vorteile verpochte.

Die „Militärisch-Politische Korrespondenz“ berichtet, daß ein Gesuch des Kriegsministers von Kattenborn um Entlassung aus dem Amte, dessen Veranlassung übrigens mit der Militärverlage in keinem Zusammenhang stand, nunmehr vom Kaiser in Gnaden abgelehnt worden sei.

So wenig wir uns dazu berufen fühlen, die Militärverlage Propaganda zu treiben, und obwohl wir, wenn möglich, noch weiter davon entfernt sind, die Pflicht der Abgeordneten zu verkennen, die finanziellen Interessen ihrer Wähler mit vollster Entschiedenheit zu vertreten, so wäre es doch ein vergebliches Bemühen, vor der Thatsache die Augen zuzubinden, daß die Stimmung der Verlage gegenüber im Laufe der letzten Zeit eine weniger feindselige geworden ist. Die Sachlage wird gekennzeichnet durch den Umstand, der sich in national-

liberalen Kreisen vollzogen hat, ein Umstand übrigens, auf den wir heute nicht zum ersten mal hinweisen. So wohnt die „Nationalliberale Korrespondenz“ der veränderten Sachlage folgende Worte:

Dem weiten Verlaufe der Militärkrise sieht man überall in Süddeutschland mit größter Spannung entgegen. So weit diejenigen Volkstheile, auf deren Mitwirkung bei der Lösung nationaler Aufgaben zu rechnen ist, in Betracht kommt, berührt, namentlich in Baden und der Pfalz, eine immer lebhafter werdende Bewegung, die nach einer Besserung der Lage strebt. Selbst in den mehr ostlichen und ultramontanen Kreisen läßt man getu, wenn es zu einer Verständigung käme. Es berührt auch in diesen Kreisen mandertlei Begehrnis vor neuen Wahlen. . .

Nachmal betonen wir es: unsere Sache ist es nicht, für die Bewilligung der Verlage Stimmung zu machen. Die Feser der „Saale-Ztg.“ wissen das selbst. Aber um die Lage richtig beurtheilen zu können, muß man auch die Thatsachen kennen lernen, wie sie kommen, und man muß nicht auf den Standpunkt sich stellen, den Zeitungsleser nur über einen Teil dessen unterrichten zu wollen, was vorgeht. Die Situation ist an sich verworren genug, und man sieht bisher kein Ende derjenigen eingeschlossen, die am meisten und am nächsten bei der Verlage interessiert sind. Darum ist besser, lieber zu rechter Zeit der Wahrheit die Augen zu öffnen, statt völschlich vor unerwünschten Enttäuschungen zu stehen.

In der Angelegenheit des Reichstages wurde gelegentlich der Beratung des Militäretats für 1893/94 von einem Vertreter des Kriegsinstitutums auf eine Anfrage die Mittheilung gemacht, daß es in der Absicht liege, in den Verträgen der verschiedenen Lieferungen für die Militärverwaltung eine Veränderung eintreten zu lassen. Zu einigen Gewerkschaften ist diese Mitteilung so aufgefaßt worden, als ob man auch eine Veränderung in den Anforderungen eintreten sollte, welche die Militärverwaltung an die Beschaffenheit der zu liefernden Waren stellt. Es ist deshalb in manchen Kreisen eine gewisse Verwirrung zu bemerken gewesen. Einer Mittheilung der „S. P. M.“ zufolge liegt jedoch zu einer solchen Verwirrung nicht der mindeste Grund vor. Die Militärverwaltung hat nicht die Absicht, auch die Bedingungen für die Qualität der Lieferungen umzugestalten.

Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstages nach den Ferien steht die Interpellation des Abg. Wenger, ob und welche gesetzgeberischen Maßregeln die verschiedenen Regierungen angeht, die im letzten Jahre überaus baldig zutage getretenen Mützung des deutschen Tabakbaues sowie vorzuzulassen beschließen. Die Antwort wird ohne Zweifel dahin gehen, daß dieser Mützung des Tabakbaues nicht weniger als überraschend sei, und daß deshalb die Regierung gesetzgeberische Maßnahmen nicht beschließen, da die Preissteigerung auf die Tabakpreise auf dem Weltmarkt und auf die damit verbundenen keinen Einfluß habe. Ganz unklar scheint das auch im Reichstage nicht zu sein, moans sich die Thatsache erklärt, daß die Interpellation nur 33 Unterzeichneten erhalten hat. Die Deutsche Tabakfabrik macht mit Recht darauf aufmerksam, daß sich unter den Unterzeichnern kein einziger Abgeordneter aus der Pfalz befindet, daß von den 15 Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen nur zwei und aus Baden auch nur zwei Abgeordnete vertreten sind. Unterzeichnet sind aus Ostpreußen und Pommern je 7, aus Brandenburg 4, aus Schlesien 3, aus Sachsen, Westfalen, Baden, Elsaß-Lothringen je 2, aus Westpreußen, Posen, Schleswig-Vorpommern, Bayern (excl. Pfalz) und Sachsen je nur 1 Abgeordneter. Also haben sich die Vertreter der Gegenden, in denen hauptsächlich Tabak gebaut wird, und in denen die notleidenden Tabakpflanzler angeblich am meisten klagen, von der Unterzeichnung der Interpellation vorzichtig zurückgehalten.

Der landwirtschaftliche Provinzialverein von Westfalen und der Westfälische Bauernverein haben den Anschlag an den „Wund der Landwirtschaft“ abgelehnt.

Was man den Bewohnern einer Millionenstadt alles bieten darf, und wie sich immer einige — Hunderte finden, die selbst das Unmögliche für möglich halten, dafür liefert eine anti-nationalistische Volksversammlung den Beweis, die vongelten in Berlin tagte. Als Hauptredner trat ein „Schiffhändler“, Herr Schwannhagen, auf. Nachdem er Althorworts Unwissenheit über die Lage der Reichsregierung, die hauptsächlich aus den Juden kommen wollte, sprach er ungefähr Folgendes: Ende der 60er Jahre habe sich eine geheime Nebenregierung, aus Juden und Ungenossen bestehend, gebildet. Diese Nebenregierung habe es verstanden, sich in das Civil- und Militärabüthe des Kaisers zu bringen und Einfluß auf die Verwaltung der Ministerielle gehabt. Diese Nebenregierung, die hauptsächlich aus den Juden Danemann, Weidner, Reichlich, dem portugiesischen Juden Wionel, richtiger „Wionel“ u. s. w. bestand, habe es bewirkt, daß die Fortschrittspartei in den 60er Jahren der Regierung gegenüber. Diefem Ministerium seinen Mann und seinen Großen“. 1870 habe selbstverständlich wiederum die Hilfe der Juden in Anspruch genommen werden müssen, und kein Friedensschluß 1871 müßte Weidner nach Versailles berufen werden, da der polizeiliche Weidner erklärte, wegen der Kriegskassenden nur mit einem deutschen Juden unterhandelnd zu wollen. Nach langer Wechselrede habe Deutschland endlich 800 Millionen Mark von Frankreich bekommen. Die Juden und Ungenossen hätten es aber bemerkt, daß schon 400 Millionen in Schuldverschreibungen abgeben müßte, die die Regierung der Welt zu hohen Preisen abkaufen mußte. Mit diesen Schuldverschreibungen sei der Schuldverschuldung, der Vermögensaufbau und der preussische Provinzialstaatsfonds geschaffen worden. Die Beweise dafür liege die Akten des Reichstages. Und wenn auch seit den Althorworts Entstellungen die Juden und Ungenossen heimlich seien, in der finanziellen und Reichthumsbildung alles Material zu verschütten, so seien die von ihm vorgebrachten Dinge doch nicht weniger als u. s. w. Fürst Bismarck habe von diesem schamlosen Betrug nichts ge-





